Antisemitische Vorfälle in Niedersachsen 2024

Ein Bericht der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Niedersachsen

rias
RECHERCHE- UND INFORMATIONSSTELLE ANTISEMITISMUS
NIEDERSACHSEN

Impressum

Herausgeber
Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12
10115 Berlin

Autor*innen
Katarzyna Miszkiel-Deppe
und Helge Regner

Lektorat
Britta Kollberg

Konzept, Redaktion, Grafik
RIAS Niedersachsen

Bildnachweis
Die Bildrechte verbleiben bei RIAS Niedersachsen, Nutshell Fotografie, Pixel Matsch, Jana Peltzer.

Gestaltung: gegenfeuer.net

Titelseite: Daleth ist der vierte Buchstabe im hebräischen Alphabet. Die Verwendung dieses Buchstabens in der grafischen Gestaltung der Titelseite soll anzeigen, dass es sich bei der vorliegenden Publikation um den vierten Jahresbericht von RIAS Niedersachsen handelt.

Eine Publikation der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Niedersachsen (RIAS Niedersachsen) in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung. Wir bedanken uns für die Unterstützung bei unseren Partnern und Förderern sowie bei unseren Spender*innen, die die Arbeit der Amadeu Antonio Stiftung und ihrer Projekte erst möglich machen.

Gefördert vom
Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend
im Rahmen des Bundesprogramms
Demokratie leben!

Landespräventionsrat Niedersachsen

landes-demokratiezentrum niedersachsen

Niedersächsisches Justizministerium

4 Vorwort

8 Geleitwort

12 Grußwort

14 Über RIAS Niedersachsen

18 Begrifflicher Rahmen und Kategorien

24 Datengrundlage

26 Antisemitische Vorfälle in Niedersachsen 2024

54 Entmenschlichung, Empathie-Verweigerung und Verherrlichung antisemitischer Gewalt: Kennzeichen der antiisraelischen Protestbewegung seit dem 7. Oktober 2023

62 Kontakte und Angebote

Vorwort

RECHERCHE- UND INFORMATIONSSTELLE ANTISEMITISMUS NIEDERSACHSEN

650 antisemitische Vorfälle hat RIAS Niedersachsen im Jahr 2024 dokumentiert, das sind durchschnittlich 12,5 Vorfälle in der Woche, 86 % mehr als im Vorjahr. Die Nachwirkungen des 7. Oktober sind weiterhin spürbar. Jüdinnen und Juden sind täglich auch in Niedersachsen Anfeindungen und Bedrohungen ausgesetzt und werden weiterhin für Entwicklungen verantwortlich gemacht, mit denen sie nichts zu tun haben.

Die im vierten Jahresbericht von RIAS Niedersachsen veröffentlichten Vorfälle versuchen, das Dunkelfeld des Antisemitismus zu erhellen und unterschiedliche Dimensionen des Antisemitismus und deren Problemfelder aufzuzeigen. Dabei liegt der Fokus auf den persönlichen Erfahrungen der Jüdinnen und Juden in Niedersachsen sowie auf der Veranschaulichung der Allgegenwärtigkeit von Antisemitismus.

Der große österreichische Essayist Jean Améry hatte schon in den 1970er Jahren erkannt, dass der Antisemitismus, „enthalten im Anti-Israelismus oder Anti-Zionismus“, zukünftig die wichtigste Quelle des Antisemitismus sein würde.[1] Eine Dekade später stellte der französische Philosoph Vladimir Jankélévitch fest: „Der Antizionismus ist in dieser Hinsicht ein unerwarteter Glücksfall, denn er gibt uns die Erlaubnis und sogar das Recht, ja sogar die Pflicht, im Namen der Demokratie antisemitisch zu sein. Der Anti-Zionismus ist gerechtfertigter Antisemitismus, der endlich allen zur Verfügung steht. Er gibt die Erlaubnis, auf demokratische Weise antisemitisch zu sein.“[2] Und so verwundert es nicht, dass heute in öffentlichen Diskursen unter den Wortführern des Antizionismus oft ganz offen Antisemitismus propagiert wird. Auch die synchronisierte Globalisierung der Ereignisse nach dem 7. Oktober ist auffällig. Dies ließ sich am Beispiel der gezielten Aktionen im Hochschulbereich gut beobachten, sei es in den USA, Frankreich, Deutschland oder Polen – so auch in Niedersachsen im Jahr 2024.

In der Wirklichkeit hat der Antizionismus das gleiche Ziel wie der Antisemitismus, nämlich die Juden. Warum sollte es sonst einen Brandanschlag auf die Synagoge in Oldenburg geben oder sollten Kinder und Jugendliche in der Schule bedroht werden? Oldenburg ist nicht Jerusalem, Hannover ist nicht Tel Aviv.

Israelbezogener Antisemitismus ist ein Phänomen der Mitte geworden und vereint alle Milieus wie „ein monströses Amalgam“[3]. Deutlich wird dabei die Wandlungsfähigkeit des Antisemitismus und die

Anfälligkeit der progressiven Schichten dafür, sich antisemitische Weltbilder anzueignen, wie es die Vorfälle im Kunst-, Kultur- und Bildungsbereich zeigen. Der Judenhass kam „immer aus der Mitte, aus den Schriften der Gelehrten und Gebildeten, bevor er die Straße erreichte."[4] In den 1930er Jahren waren die Hochschulen die ersten Orte, an denen Jüdinnen und Juden angefeindet und vertrieben wurden. Heute werden Lehrveranstaltungen abgebrochen, abgesagt, oder nicht angeboten aus Angst vor Konfrontationen mit den antiisraelischen Aktivist*innen.

„Der Slogan ‚Nie wieder' rechtfertigt den jüdischen Staat, und umgekehrt gibt somit die Existenz Israels auch dem, was nie wieder geschehen soll, eine Daseinsberechtigung."[5] Doch an diesem „Nie wieder" wird kontinuierlich gerüttelt, wie die Angriffe auf Erinnerungsorte und an Gedenktagen bezeugen. In Aufrufen wie „Befreie Dich vom Schuldkult", „Befreie Palästina vom deutschen Schuld" [sic], „Nichts gelernt aus dem Holocaust" oder „Stoppt Etnische Säuberung" [sic] wird deutlich, dass Antisemitismus in Form von Geschichtsrevisionismus[6] kein Randphänomen mehr ist, sondern zum aktuellen Mainstream gehört. Dies zeigt sich auch in der Lektüre des nun vorliegenden RIAS-Berichts.

Katarzyna Miszkiel-Deppe
Leiterin der Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus in Niedersachsen
(RIAS Niedersachsen)

1 Améry, Jean (2024): Der neue Antisemitismus. Stuttgart, S. 42.

2 Jankélévitch, Vladimir (1986): L'Imprescriptible. Paris, S. 19–20

3 Finkielkraut, Alain (2023): Revisionismus von links. Überlegungen zur Frage des Genozids. In: sans phrase, Heft 23. Wien, S. 122–138.

4 Schwarz-Friesel, Monika (2020): Israelbezogener Antisemitismus und der lange Atem des Anti-Judaismus – von „Brunnenvergiftern, Kindermördern, Landräubern". In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.), Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Antisemitismus, Band 8. Jena.

5 Finkielkraut, Alain (2025): Revisionismus von links. Überlegungen zur Frage des Genozids. Freiburg, S. 109

6 Laut der aktuellen MEMO-Studie stimmten 38,1 % der Befragten der These zu, dass es „Zeit für einen Schlussstrich unter die Zeit des Nationalsozialismus" sei. Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG)/Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ)/ KonfliktAkademie (ConflictA) (2025): Gedenkanstoß MEMO-Studie. Online: http://www.stiftung-evz.de/gedenkanstoss.

Geleitwort

Landesverband der
Israelitischen Kultusgemeinden
von Niedersachsen K.d.ö.R.

Für die jüdische Gemeinschaft gibt es eine Welt vor dem 7. Oktober 2023 und eine danach. Sie erlebt eine der schwersten Zeiten seit der Schoa. Jede Geisel, die noch in den Händen der Hamas festgehalten wird, ist eine klaffende Wunde in der jüdischen Gemeinschaft. „Bring them home now" – dies ist die klare Forderung ohne Kompromisse! Die anfängliche Solidarität ist abgeebbt – stattdessen ist in den Medien, an Universitäten und auf den Straßen eine Täter-Opfer-Umkehr zu erleben, die unvorstellbar war. Weltweit gibt es regelrecht eine Ekstase des Judenhasses.

Eines der bekanntesten Opfer des Massakers am 7. Oktober war Shani Louk, eine junge Frau aus Niedersachsen. Ihre Entführung und Ermordung zeigen auf schmerzhafte Weise, wie Antisemitismus und

Frauenfeindlichkeit Hand in Hand gehen. Der Hass gegen Jüdinnen ist oft auch ein Hass gegen Frauen. Der Islamische Dschihad und die Hamas rufen bis heute immer wieder dazu auf, insbesondere jüdische Frauen weltweit zu entführen und zu schänden. Dass dies konkrete Auswirkungen hat, zeigt sich in der wachsenden Zahl antisemitischer Drohungen und Attacken gegen jüdische Frauen.

Für einen Großteil der jüdischen Community ist seit über einem Jahr dauerhaft der 7. Oktober. Es gibt keinen einzigen Tag, keine einzige Minute, um die Toten zu betrauern und das Geschehene zu verarbeiten. Auf den sogenannten „pro-palästinensischen" Demonstrationen sehen wir eine Demokratie verachtende Feindseligkeit – islamistische Fahnen werden geschwenkt, das Kalifat herbeigesehnt, antisemitische Parolen und Vernichtungsfantasien gebrüllt. Gefährliche Allianzen bilden sich – Linksextreme, Islamist*innen und Rechtsextreme vereint im Judenhass. Der 7. Oktober 2023 hat die jüdische Gemeinschaft erneut traumatisiert. Ein jüdischer Student gab in einer Rede die emotionale Verfassung treffend wieder:

*„Er [der 7. Oktober] hat uns gebrochen mit jedem Video des Mordens und der Gewalt der Hamas gegen die Menschen in Israel. Er hat uns gebrochen mit jedem neuen Detail, das wir erfuhren, mit jeder Geschichte zu den Opfern und ihrem Leben, welches so gewaltvoll endete. Er hat uns gebrochen mit jedem Jubel und jeder Rechtfertigung zur Gewalt des 7. Oktober. Er hat uns gebrochen – jedes Mal, wenn wir sahen, wie Arbeitskolleg*innen, Freunde und Bekannte sich diesem mörderischen Jubel*

anschlossen. Er hat uns gebrochen, weil wir zu spüren bekamen, wie empathielos die Welt uns gegenüber war und ist. Er hat uns gebrochen – jedes Mal, wenn die Nachricht über den Tod, die Ermordung weiterer Geiseln in unseren Alltag gelangte. Der 7. Oktober hat uns gebrochen. Und in vielerlei Hinsicht sind wir ein gebrochenes Volk. Unsere Geschichte ist voller Gewalt, Vertreibung und Mord. Unsere Familienbiographien und Stammbäume enden oft plötzlich und sind voller Brüche. All das treibt mich wie so viele innerhalb der jüdischen Gemeinschaft seit über einem Jahr immer wieder in die Hoffnungslosigkeit."

Es ist wichtig, diese Realität klar zu benennen. Seit dem 7. Oktober hat sich die Zahl antisemitischer Vorfälle in Deutschland vervierfacht – und das sind nur die offiziell erfassten Zahlen. Es gilt, nicht zu schweigen, wenn sich rechtsradikale, linksextreme und islamistische Ideologien ausbreiten. Diese Ideologien bedrohen nicht nur Jüdinnen und Juden, sondern die Grundwerte der gesamten demokratischen Gesellschaft. Doch es reicht nicht, mit dem Finger auf andere zu zeigen. Ich erwarte von den politischen Vertreter*innen, dass sie den Antisemitismus auch in ihren eigenen politischen Reihen erkennen und bekämpfen. Gleiches gilt für jede Bürgerin und jeden Bürger: Antisemitismus erkennen und benennen in der eigenen Nachbarschaft, im Freundeskreis.

Wenn antisemitische Vorfälle verharmlost oder ignoriert werden, sendet das ein fatales Signal. RIAS Niedersachsen leistet mit ihrer facettenreichen Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung und

im Kampf gegen Antisemitismus, und hierfür möchte ich im Namen meines Landesverbands unseren Dank ausdrücken! Doch es braucht endlich klare Konsequenzen und eine unmissverständliche Haltung gegen Hass und Hetze, auch wenn das unbequem ist.

Die gemeinsame Verantwortung ist es, wachsam zu sein und laut zu widersprechen, auch wenn keine persönliche Betroffenheit vorliegt. Denn unser demokratischer Zusammenhalt ist die Antwort auf diesen Hass.

Dr. Rebecca Seidler
Vorsitzende des Landesverbands der Israelitischen Kultusgemeinden von Niedersachsen K.d.ö.R.

Grußwort

ק"ק אולדנבורג
JÜDISCHE GEMEINDE ZU OLDENBURG K.d.ö.R.

Wer glaubt, Judenhass sei eine Sache der Vergangenheit, irrt: Der vierte Jahresbericht von RIAS Niedersachsen zeigt die Allgegenwärtigkeit antisemitischer Vorfälle und weist auf die gestiegene Zahl persönlicher Erfahrungen von judenfeindlichen Anfeindungen, Bedrohungen, Gewalt hin. Nicht nur Niedersachen hat diesen Anstieg zu verzeichnen, nein, deutschlandweit, europaweit und gar weltweit wird über die eklatante Zunahme von Judenfeindlichkeit berichtet, sei es an Schulen, Universitäten, bei der Arbeit, gegenüber Einzelnen oder jüdischen Einrichtungen.[7]

Judenhass ist kein „modernes" Phänomen, es ist jahrtausendealt, kommt in stets leicht verändertem Kleid bei gleichem Körper. Trotz aller Versuche, eine Definition in Abgrenzung zu anderen menschenverachtenden Verhaltensweisen zu formulieren, kann, so Quindeau, neben der eindeutigen, „groben, […] öffentlich geächteten, strafrechtlich verfolgten" antisemitischen Gewalt „der Antisemitismus nicht dingfest gemacht werden, nicht präzise definiert werden. Er ist vage, flüchtig, drängt ins Bewusstsein, verändert seine Ausdrucksgestalten und lässt sich kaum fassen."[8] Trotz aller Versuche, ihn zu erforschen und aus soziologischer, psychologischer, psychoanalytischer, historischer, religiöser, philosophischer, sprachwissenschaftlicher oder politischer Sicht die Motive, Ursachen, Zusammenhänge zu erfassen, scheint die immer wiederkehrende Entmenschlichung, Entindividualisierung, Entwürdigung von jüdischem Leben davon abgekoppelt zu sein.

In der wohl perfidesten Zuspitzung von eliminatorischer Gewalt gegen alles Jüdische, während der Zeit des Nationalsozialismus, beklagte Hannah Arendt aus dem New Yorker

Exil, dass man vor Antisemitismus nur auf dem Monde sicher sei.[9] Wie kann es gelingen, auf dieser Erde, in unseren Ländern, unseren Kommunen und Städten oder Dörfern einigermaßen sicher zu leben? Wie können Gesellschaften die vielbeschworene Vielfalt der Menschheit friedlich vereinen? Die jüngsten Kriege, Krisen, globalen und regionalen Gewaltvorfälle laden ein, die daraus entstehenden Ängste mit Aggressionen zu erwidern, sich abzuschotten, zu misstrauen und nur das Eigene, Vertraute als richtig zu bezeichnen. Je mehr das Eigene verteidigt wird, desto mehr muss das Fremde abgespalten, als unheimlich und schlecht erlebt werden.

In diesen polarisierten, hoch emotional aufgeladenen Zuständen kann Kritik weder in die eine noch in die andere Richtung fruchten, im Gegenteil: Sie befördert die Spaltung. Einzig die Bereitschaft, sich (selbst-)reflexiv mit sich selbst und dem Anderen auseinanderzusetzen, sich den Geschehnissen aus einer menschlichen Perspektive zu nähern, mit dem Leid der Anderen mitzufühlen, kann Annäherung und Miteinander erzeugen.

In Niedersachsen gibt es viele gute Beispiele für diese reflexive, verbindende Haltung: Antisemitismuskritische Projekte an Kindergärten, Schulen, Universitäten, Bildungsstätten, mit jüdischen Einrichtungen, in transkulturellen und transreligiösen Veranstaltungen sowie Begegnungen fördern mehr Empathie, Demokratie und Gewaltlosigkeit und bringen uns als Menschen näher zusammen. Dies gilt es, moralisch und politisch, zu unterstützen und zu fördern, beharrlich und mit Ausdauer. Vielleicht wird dann auch die Erde ein sicherer Ort.

Prof. Dr. Claire Schaub-Moore
Erste Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Oldenburg K.d.ö.R.

7 Schmoll, Heike (07.05.2025): Antisemitische Vorfälle steigen weltweit. In: F*rankfurter Allgemeine Zeitung*, https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/juedische-diasporagemeinden-antisemitische-vorfaelle-steigen-weltweit-110462045.html

8 Quindeau, Ilka (2025): Psychoanalyse und Antisemitismus. Berlin: Suhrkamp Verlag, S. 268 und 225.

9 in einem Artikel im „Aufbau" vom 26.12.1941.

Über RIAS Niedersachsen

Im Frühjahr 2020 entwickelte sich aus der Offensive gegen Antisemitismus der Landeshauptstadt Hannover heraus eine Dokumentations- und Beratungsstelle für antisemitische Vorfälle in Hannover. Sie wurde kommunal gefördert und war bis zum 31.12.2020 an der Hochschule Hannover angesiedelt. Aus dieser Einrichtung ging im Oktober 2020 RIAS Niedersachsen hervor, um die Arbeit auch über Hannover hinaus fortzuführen. RIAS Niedersachsen befindet sich in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung und arbeitet eng mit dem Bundesverband RIAS e.V. zusammen.

Ein wichtiges Ziel der RIAS-Gründung war die Verbesserung des Meldeverhaltens, um das Ausmaß und die Formen von Antisemitismus im Alltag sichtbar zu machen und darauf aufbauend Präventions- und Bildungsangebote zu konzipieren. Dies verlangt eine spezifische Forschungsperspektive, die es ermöglicht, die Formen des Alltagsantisemitismus auf verschiedenen Ebenen zu erfassen.

Dokumentation und Analyse antisemitischer Vorfälle

Hinweise auf antisemitische Vorfälle jeglicher Art in Niedersachsen werden durch RIAS direkt über die mehrsprachige Meldeseite www.report-antisemitism.de entgegengenommen, erfasst und kategorisiert. Eine Meldung ist auch per E-Mail, Telefon sowie über eigene Netzwerke möglich.
Die dokumentierten Fälle bedürfen häufig einer wissenschaftlichen Analyse, um ihren antisemitischen Gehalt sichtbar zu machen. Dies hängt mit einer Besonderheit des Phänomens zusammen: der Gleichzeitigkeit von Tabuisierung und Reproduktion.[10] Insbesondere in Deutschland entwickelte sich nach 1945 eine Abwehr und Verdrängung der Erinnerung an den Nationalsozialismus. Gleichzeitig wurde die offene Artikulation von Antisemitismus weitestgehend sanktioniert. Dieser war jedoch keineswegs mit der Kapitulation des NS-Regimes einfach aus den Köpfen der einstigen „Volksgemeinschaft" verschwunden. Vielmehr konnte er sich in Teilen der postnazistischen Gesellschaft reproduzieren, gerade aufgrund einer mangelnden öffentlichen Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Schoa, an denen zahlreiche Deutsche beteiligt waren und von denen viele von ihnen profitierten. Antisemitische Narrative, Erzählungen oder auch strukturell antisemitische Denkmuster wirkten so in den kollektiven Weltbildern weiter und wurden von Generation zu Generation überliefert.

10 Stender, Wolfram (2011): Ideologische Syndrome. Zur Aktualität des sekundären Antisemitismus in Deutschland. In: Markus Brunner, Jan Lohl, Rolf Pohl, Sebastian Winter (Hrsg.), Volksgemeinschaft, Täterschaft und Antisemitismus. Beiträge zur psychoanalytischen Sozialpsychologie des Nationalsozialismus und seiner Nachwirkungen. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 228.

Derartige implizite Kommunikationen bieten die Möglichkeit, antisemitische Ressentiments zu verschleiern, um die allzu offene Artikulation von Antisemitismus zu umgehen.
Wie wichtig es ist, das Vertrauen von Jüdinnen und Juden zu erlangen, lässt sich aus der über 30-jährigen Expertise des britischen Community Security Trust (CST)[11] in der Bearbeitung antisemitischer Vorfälle ablesen. Die Erfahrung des CST, der bereits in den 1990er Jahren seine Arbeit aufnahm, zeigt, dass erst nach ca. fünf Jahren eine regionale Dokumentationsstelle aufgebaut ist. Erst ab diesem Zeitpunkt sind der erforderliche Bekanntheitsgrad und das nötige Vertrauen in den jüdischen Communitys erreicht. So hat auch RIAS weiter die Entwicklungsaufgabe, das Dunkelfeld des Antisemitismus zu erhellen, Antisemitismus aus der Perspektive der Betroffenen zu dokumentieren und die nicht-jüdische Mehrheitsgesellschaft für das Phänomen zu sensibilisieren.

Monitoring und Berichterstattung, Prävention und Bildung

Das Ziel von RIAS ist es, die vielfältigen Erfahrungen und Wahrnehmungen der Betroffenen von Antisemitismus sichtbar zu machen. Dies geschieht durch die regelmäßige Berichterstattung über antisemitische Vorfälle in Niedersachsen. Hierfür ist eine niedrigschwellige Erfassung der Geschehnisse entscheidend. Auch Vorfälle, die unterhalb der Grenze zur Straftat liegen, werden als relevant verstanden und in das RIAS-Archiv aufgenommen, wissenschaftlich kategorisiert und analysiert.
RIAS Niedersachsen führt in Absprache mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen ein systematisches Monitoring mit journalistischen Mitteln von Versammlungen durch, die in ihrem geographischen Zuständigkeitsbereich liegen und bei denen angesichts vergangener Veranstaltungen bzw. durch die inhaltliche Ausrichtung eines Aufrufs explizite oder implizite antisemitische Äußerungen zu befürchten sind.
Die Dokumentation dient zudem der Weiterentwicklung von

11 In: http://report-antisemitism.de/publications (letzter Zugriff: 15.03.2022).

Handlungskonzepten zur Präventions- und Bildungsarbeit, durch die die Gesellschaft für Antisemitismus sensibilisiert werden soll.

Dies geschieht auch im Kontext des Bundesverbands RIAS e.V., über den RIAS Niedersachsen sich regelmäßig mit anderen Meldestellen austauscht und abspricht, wie etwa zu Fragen der Kategorisierung oder Beratung in konkreten Fällen.

Für Betroffene bietet RIAS zudem eine Verweisberatung. Falls gewünscht, werden Ratsuchende an kompetente psychosoziale, Antidiskriminierungs- oder Opfer-Beratungsstellen vermittelt. Der Vertrauensschutz steht hierbei immer an erster Stelle. Dies bedeutet, dass die Betroffenen entscheiden, wie mit den gesammelten Informationen verfahren wird. Diesem Prinzip folgt auch der hier vorgelegte Bericht.

Begrifflicher Rahmen und Kategorien

Die zur Einordnung der Vorfälle verwendeten Kategorien wurden vom britischen Community Security Trust (CST) übernommen und von RIAS Berlin für den deutschen Kontext angepasst. Als Teil der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) RIAS verwendet RIAS Niedersachsen dieselben Kategorien. Dies sichert die Transparenz und Vergleichbarkeit der regionalen Meldestellen.
Antisemitische Vorfälle, die RIAS Niedersachsen im Laufe eines Jahres bekannt wurden, werden durch die Mitarbeiter*innen des Projekts im Austausch mit den Meldenden verifiziert und danach systematisch erfasst. Dieses Verfahren erlaubt es, Aussagen über die Formen, das Vorkommen und die Entwicklung antisemitischer Vorfälle in Niedersachsen zu treffen.
Im Folgenden werden der begriffliche Rahmen sowie die von RIAS Niedersachsen verwendeten Definitionen vorgestellt, um den Leser*innen die daran anschließenden Analysen nachvollziehbarer zu machen. Entsprechend diesen Kategorien werden auch antisemitische Vorfälle, die von der Polizei oder Justiz nicht als strafbar erachtet werden, systematisiert und ausgewertet.

Inhaltlich orientiert sich die Einordnung antisemitischer Vorfälle durch RIAS Niedersachsen an der von der Bundesregierung empfohlenen Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Bei der Abgrenzung zwischen israelbezogenem Antisemitismus und legitimer Kritik an israelischer Politik orientiert sich RIAS Niedersachsen neben der IHRA-Definition zudem an der von Natan Sharansky vorgeschlagenen Trias aus Dämonisierung, Delegitimierung und doppelten Standards.
RIAS Niedersachsen analysiert bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle die folgenden verschiedenen Kategorien: Vorfalltyp, Gruppen von Betroffenen, Ort des Vorfalls, Erscheinungsformen von Antisemitismus sowie politisch-weltanschaulicher Hintergrund der sich antisemitisch Äußernden oder Handelnden.

Vorfalltypen

RIAS Niedersachsen unterscheidet je nach Art und Schwere sechs verschiedene Vorfalltypen.

Als **extreme Gewalt** gelten physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen. Als **Angriffe** werden Vorfälle betrachtet, bei denen Personen körperlich angegriffen werden, ohne dass dies lebensbedrohliche oder schwerwiegende körperliche Schädigungen nach sich zieht. Diese Kategorie umfasst auch den bloßen Versuch eines physischen Angriffs. Unter einer **gezielten Sachbeschädigung** wird die Beschädigung oder das Beschmieren jüdischen Eigentums mit antisemitischen Symbolen, Plakaten oder Aufklebern verstanden. Dazu zählt ebenfalls die Beschädigung oder Beschmutzung von Erinnerungszeichen und -orten, also z.B. von Gedenkstätten, Gedenktafeln, Stolpersteinen, aber auch von Geschäftsstellen entsprechender Institutionen. Als **Bedrohung** gilt jegliche eindeutige und direkt an eine Person oder Institution adressierte schriftliche oder mündliche Androhung von Gewalt. Unter **verletzendem Verhalten** werden sämtliche antisemitischen Äußerungen gegenüber jüdischen oder

israelischen Personen oder Institutionen erfasst, aber auch antisemitische Beschimpfungen oder Kommentare gegenüber anderen Personen und Institutionen. Dies gilt ebenfalls für antisemitische Aussagen, die online getätigt oder verbreitet werden, sofern diese sich direkt gegen eine konkrete Person oder Institution wenden. Als verletzendes Verhalten gelten desgleichen Beschädigungen oder das Beschmieren nicht-jüdischen Eigentums durch antisemitische Symbole, Plakate, Aufkleber etc. Als **Massenzuschrift** werden schließlich antisemitische Zuschriften dokumentiert, die sich an einen größeren Kreis von Personen richten – dies geschieht meistens online.

RIAS Niedersachsen erfasst zudem auch proaktiv Versammlungen mit antisemitischer und israelfeindlicher Ausrichtung. Das beinhaltet Beobachtungen vor Ort, Hintergrundanalysen sowie sich daraus ergebende Bewertungen. Dieses Monitoring betrifft jedes Jahr zahlreiche Versammlungen. Werden dabei in Reden, Parolen, auf mitgeführten Transparenten oder in Aufrufen antisemitische Inhalte festgestellt, wird die gesamte Versammlung als ein antisemitischer Vorfall des Typs verletzendes Verhalten registriert. Kommt es bei oder am Rand einer solchen Versammlung außerdem zu antisemitisch konnotierten Angriffen oder Bedrohungen, werden diese jeweils zusätzlich als eigenständige antisemitische Vorfälle registriert.

Betroffene

RIAS Niedersachsen unterscheidet bei Betroffenen antisemitischer Vorfälle zwischen Einzelpersonen und Institutionen. Neben Jüdinnen*Juden und Israelis können von Antisemitismus auch Einzelpersonen betroffen sein, die als jüdisch wahrgenommen oder adressiert werden, sowie alle anderen Personen wie beispielsweise Journalist*innen oder Politiker*innen. Von einem antisemitischen Vorfall können mehrere Einzelpersonen gleichzeitig betroffen sein.

Bei betroffenen Institutionen kann es sich einerseits um religiöse und weltliche jüdische Körperschaften und Vereine sowie um israelische Einrichtungen handeln. Andererseits können aber auch nicht-jüdische zivilgesellschaftliche Organisationen,

Parteien, Medien oder Bildungseinrichtungen sowie andere als jüdisch wahrgenommene oder adressierte Institutionen Betroffene antisemitischer Vorfälle sein. Solche Institutionen zählen pro Vorfall als ein Betroffener, bei Individuen erfasst RIAS Niedersachsen dagegen die genaue Anzahl betroffener Personen.
Es gibt zudem zahlreiche Vorfälle, denen RIAS Niedersachsen keine direkten Betroffenen zuweist. Dies ist etwa bei antisemitischen Schmierereien, Aufklebern, Plakaten im öffentlichen Raum sowie bei Versammlungen mit antisemitischen Inhalten der Fall.

Erscheinungsformen von Antisemitismus

Inhaltlich unterscheidet RIAS Niedersachsen bei der Erfassung von Vorfällen fünf verschiedene Erscheinungsformen von Antisemitismus. Im **antisemitischen Othering** werden Jüdinnen und Juden als fremd oder nicht-zugehörig zur jeweiligen Mehrheitsgesellschaft beschrieben. Das ist beispielsweise der Fall, wenn jüdische oder nicht-jüdische Institutionen oder Personen als „Jude" beschimpft oder als jüdisch markiert werden. Im **antijudaistischen Antisemitismus** werden religiös begründete Stereotype verbreitet, etwa der Vorwurf, Jüdinnen*Juden seien für den Tod Jesu verantwortlich. Wird Jüdinnen*Juden eine besondere politische oder ökonomische Macht zugeschrieben, etwa im Rahmen von Verschwörungsmythen, so wird dies dem **modernen Antisemitismus** zugerechnet. **Post-Schoa-Antisemitismus** bezieht sich auf den Umgang mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen, beispielsweise wenn die Erinnerung an die NS-Verbrechen abgelehnt wird oder diese bagatellisiert werden. **Israelbezogener Antisemitismus** liegt vor, wenn sich antisemitische Aussagen gegen den jüdischen Staat Israel richten, etwa indem diesem die Legitimität abgesprochen wird.
In der Praxis lässt sich ein antisemitischer Vorfall häufig mehreren Erscheinungsformen zuordnen. Aufgrund dieser Mehrfachzuordnungen ist die Anzahl der festgestellten Erscheinungsformen in der Regel höher als die Zahl der antisemitischen Vorfälle.

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

RIAS Niedersachsen klassifiziert – soweit möglich – den politisch-weltanschaulichen Hintergrund eines antisemitischen Vorfalls oder der dafür Verantwortlichen. Diese Zuordnung erfolgt nur, wenn sie sich aus der Selbstbezeichnung der Verantwortlichen oder aus den verwendeten antisemitischen Stereotypen eindeutig ableiten lässt. Da diese Zuordnung nicht immer möglich ist, werden viele antisemitische Vorfälle aufgrund fehlender oder unzureichender Informationen keinem politisch-weltanschaulichen Hintergrund zugeordnet. Bei einer Zuordnung unterscheidet RIAS Niedersachsen sieben politisch-weltanschauliche Hintergründe. Dabei ist pro Vorfall nur eine Zuordnung möglich.

Als **rechtsextrem/rechtspopulistisch** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit dem rechtsextremen bzw. dem rechtspopulistischen Spektrum verbunden sind. Dabei steht Rechtsextremismus als Sammelbegriff für antimoderne, antidemokratische, antipluralistische und gegen die Menschenrechte gerichtete Einstellungen, Handlungen und Strömungen. Gemeinsames Kennzeichen verschiedener rechtsextremer Ideologien sind die Vorstellung von einer prinzipiellen Ungleichwertigkeit verschiedener Menschen(gruppen), das Streben nach einem Leben in ethnisch homogenen Gemeinschaften („Völkern“) und die Unterordnung des Individuums unter die Gemeinschaft. Rechtspopulismus fungiert als Sammelbegriff für abgemilderte und modernisierte Varianten des Rechtsextremismus. Rechtspopulismus bedient sich vor allem kulturell-religiöser und wirtschaftlicher Begründungsmuster. Er fordert im Unterschied zum Rechtsextremismus keine Abschaffung der parlamentarischen Demokratie, sondern beabsichtigt deren autoritäre Umformung und Aushöhlung. Zudem wird Rechtspopulismus als bestimmte Form der politischen Kommunikation und Mobilisierung verstanden, die eine scharfe Distanzierung von (vermeintlichen) politischen Eliten reklamiert, sich aber dabei zumindest formal von rechtsextremen Positionen und Akteur*innen abgrenzt.

Als **links/antiimperialistisch** werden antisemitische Vorfälle klassifiziert, wenn das Vertreten linker Werte oder die Selbstverortung der handelnden Personen oder Gruppen in einer linken Tradition einhergeht mit einer binären Weltsicht und einer – häufig befreiungsnationalistischen – Imperialismuskritik.

Unter **christlich/christlichem Fundamentalismus** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf christliche Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind (darunter auch fundamentalistische Spielarten des Christentums) und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert.

Als **islamisch/islamistisch** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf islamische Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert. Das bezieht sich auf unterschiedliche Islamverständnisse, darunter auch islamistische.

Einem **verschwörungsideologischen Milieu** werden Gruppen oder Personen zugeordnet, bei denen die Verbreitung antisemitischer Verschwörungsmythen im Vordergrund steht und kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert.

Auch für den **antiisraelischen Aktivismus** gilt, dass sich die Akteure mitunter nicht eindeutig politisch zuordnen lassen: Hier dominiert die israelfeindliche Motivation der verantwortlichen Personen oder Gruppen eindeutig gegenüber einer politischen Positionierung z.B. im linken, rechten oder islamistischen Milieu. Zum antiisraelischen Aktivismus zählt RIAS Berlin beispielsweise säkulare palästinensische Gruppen und Aktivist*innen, die antisemitische Boykottkampagnen gegen den Staat Israel unterstützen.

Der **politischen Mitte** werden antisemitische Vorfälle zugeordnet, die keinem der zuvor genannten politisch-weltanschaulichen Hintergründe zugeordnet werden können und bei denen die Verantwortlichen zugleich für sich in Anspruch nehmen, demokratische Positionen zu vertreten.

Datengrundlage

Ein großer Teil der hier analysierten Vorfälle wurde RIAS Niedersachsen direkt über die mehrsprachige Meldeseite www.report-antisemitism.de mitgeteilt. Des Weiteren erreichen das Projekt Informationen über antisemitische Vorfälle durch E-Mails, anlassbezogene Gespräche mit jüdischen und nicht-jüdischen Organisationen sowie Presseberichte. Antisemitische Anfeindungen gegen zivilgesellschaftliche, jüdische oder als jüdisch wahrgenommene Organisationen mit Sitz in Niedersachsen werden regelmäßig abgefragt und RIAS Niedersachsen gemeldet.

Für mehrere Vorfälle war das projekteigene Monitoring von Medien und Veranstaltungen die Quelle. Darüber hinaus fließen in diesen Bericht auch Erhebungen und Beobachtungen von zivilgesellschaftlichen Projekten und Vereinen ein, die in den Bereichen Beratung bei und Prävention von Antisemitismus tätig sind: die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBT), die Betroffenenberatung Niedersachsen, die Beratungs- und Interventionsstelle für Betroffene von Antisemitismus OFEK e.V., die Amadeu Antonio Stiftung, Orte der Erinnerung und andere zivilgesellschaftliche Organisationen wie Bündnis gegen Antisemitismus in Oldenburg oder in Göttingen. Zum zweiten Mal wurde in diesem Bericht die Statistik antisemitischer Straftaten des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes – Politisch Motivierte Kriminalität (PMK) des Landeskriminalamts, bereinigt von Dopplungen, berücksichtigt.

RIAS Niedersachsen geht weiterhin von einem großen Dunkelfeld nicht gemeldeter und nicht dokumentierter antisemitischer Vorfälle aus.

Antisemitische Vorfälle in Niedersachsen 2024

Zusammenfassung

Insgesamt 650 antisemitische Vorfälle dokumentierte RIAS Niedersachsen im Jahr 2024. Das heißt: 12,5 Vorfälle pro Woche. Die im gesamten Bundesgebiet beobachtbare enorme Zunahme antisemitischer Vorfälle nach dem 7. Oktober prägte auch das Vorfallaufkommen des Jahres 2024 in Niedersachsen: mit einem Anstieg um 86 % im Vergleich zum Vorjahr.[12]

So wurden für 2024 landesweit fast dreimal mehr Versammlungen als antisemitischer Vorfall erfasst als im Vorjahr (2023: 67; 2024: 196). Von insgesamt 196 dokumentierten Versammlungen weisen fast alle (190) einen Bezug zum 7. Oktober auf. Drei Vorfälle extremer Gewalt wurden RIAS dieses Jahr bekannt, einer davon ist der Brandanschlag auf die Synagoge in Oldenburg. Neben solchen Vorfällen extremer Gewalt dokumentierte die RIAS-Meldestelle für 2024 insgesamt 16 Angriffe. Damit ist ein Anstieg der dokumentierten Angriffe von 11 (2023) auf 16 (2024) zu verzeichnen. Die Hälfte dieser Angriffe wurde inhaltlich der Erscheinungsform des israelbezogenen Antisemitismus zugeordnet. Weiterhin wurden 35 Fälle in der Kategorie Bedrohung erfasst. Vorfälle dieser Art haben eine besondere Signalwirkung für Betroffene und können sich so auf das Sicherheitsempfinden der ganzen Community auswirken.

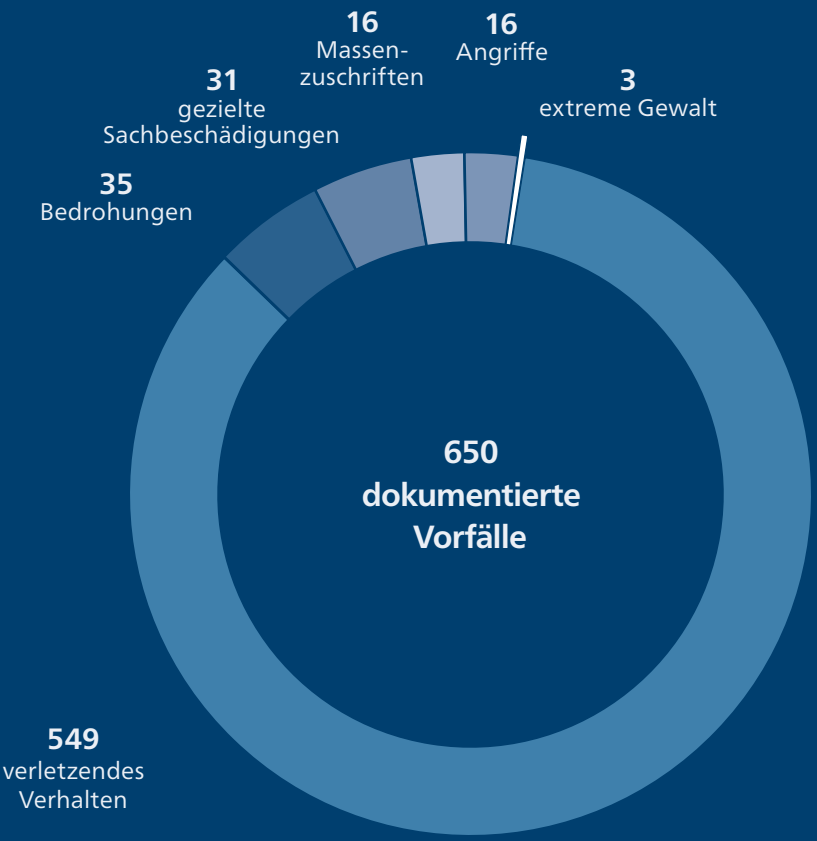
12 Im Jahr 2023 dokumentierte RIAS Niedersachsen 349 Vorfälle inklusive Nachmeldungen.

Im Jahr 2024 waren in Niedersachsen insgesamt 215 Personen von antisemitischen Vorfällen direkt betroffen. 2023 waren es noch 122 Personen gewesen. Unter den 116 Institutionen, die Ziel von Antisemitismus waren, dominieren Gedenkstätten und Initiativen mit 62 Vorfällen. Weiterhin wurden 11 Fälle bekannt, in denen jüdische Institutionen wie etwa Synagogengemeinden oder jüdische Friedhöfe betroffen waren.

Die am häufigsten dokumentierte Form von Antisemitismus war im Jahr 2024 israelbezogener Antisemitismus mit 63 % (409 Fälle), gefolgt von Post-Schoa-Antisemitismus mit 44 % (286 Fälle) und antisemitischem Othering mit 31 % (204 Fälle). Antijudaismus wurde in 57 Fällen (9 %) und moderner Antisemitismus in 56 Fällen (9 %) dokumentiert.

Der politisch-weltanschauliche Hintergrund eines Vorfalls konnte in mehr als der Hälfte der Fälle eindeutig zugeordnet werden – in 43 % der Fälle war er unbekannt. Dieser Anteil hat sich verringert, 2023 war noch in 52 % der Fälle der politisch-weltanschauliche Hintergrund unbekannt. Die meisten im Jahr 2024 dokumentierten Vorfälle konnten dem antiisraelischen Aktivismus zugeordnet werden (2024: 30 %; 2023: 18 %), gefolgt vom rechtsextremen bzw. rechtspopulistischen Milieu (2024: 12 %; 2023: 14 %).

Vorfälle



349 Vorfälle
2023

207 Vorfälle
2022

Unter den 650 dokumentierten Vorfällen im Jahr 2024 waren drei Fälle der extremen Gewalt. Außerdem wurden 16 Angriffe bekannt, darunter versteht RIAS Niedersachsen körperliche Angriffe oder Angriffsversuche. Weiterhin wurden 35 Fälle in der Kategorie Bedrohung registriert.

549 aller dokumentierten Vorfälle fallen in die Kategorie verletzendes Verhalten. Darunter werden sämtliche antisemitischen Äußerungen gegenüber jüdischen, israelischen oder anderen Personen oder Institutionen gefasst. 2024 wurden in dieser Kategorie 107 Online-Vorfälle sowie 543 Offline-Vorfälle dokumentiert. Unter den Offline-Vorfällen waren 132 Face-to-Face-Situationen. Zudem wurden in der Kategorie verletzendes Verhalten 196 Versammlungen sowie 155 weitere Fälle (vorwiegend im öffentlichen Raum) gezählt, wie Schmierereien, Plakate oder Zettel und Aufkleber/Sticker. Die hohe Zahl an Vorfällen, die der Kategorie verletzendes Verhalten zugerechnet werden, macht deutlich, dass sich Antisemitismus in Niedersachsen weiterhin als niedrigschwelliges Alltagsphänomen äußert.

Gezielte Sachbeschädigungen, die sich gegen jüdische Einrichtungen, gegen Eigentum von Jüdinnen und Juden oder gegen Gedenkorte richteten, wurden insgesamt 31 Mal dokumentiert. Weiterhin gab es 16 Massenzuschriften, d. h. Zuschriften, die erkennbar an mehr als drei Empfänger*innen gesendet wurden.

650 Vorfälle 2024

Oldenburg, 5. April

Eine Person warf einen Brandsatz auf den Eingangsbereich der Synagoge in Oldenburg. Der Täter konnte im Anschluss unerkannt flüchten. Ein Hausmeister-Team eines benachbarten Kulturzentrums entdeckte das Feuer und konnte es sofort löschen. Bei dem Brand wurde die Tür der Synagoge beschädigt. Da derartige Vorfälle das sichtbarste Zeichen jüdischen Lebens fokussieren, haben sie eine besondere Signalwirkung, die über die unmittelbar betroffene Gemeinde hinausreicht. Das Sicherheits- und Lebensgefühl von Jüdinnen und Juden in ganz Deutschland wird so erheblich beeinträchtigt.

Kategorisierung: extreme Gewalt, antisemitisches Othering

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: unbekannt

Hannover, 24. Januar

Der Meldende beobachtete, wie eine Frau auf der Straße von einer Person angegriffen wurde. Als er ihr zur Hilfe eilte, wurde er selbst beleidigt und bedroht, woraufhin er in seinen PKW flüchtete. Die Person verfolgte den Meldenden und schlug auf dessen PKW ein, so dass ein Sachschaden entstand. Im weiteren Verlauf beleidigte die gewaltausübende Person die meldende Person als „Scheiß Israeli" und erklärte: „Das habe ich gleich gesehen, Scheiß Israeli".

Kategorisierung: Angriff, antisemitisches Othering, israelbezogener Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: unbekannt

Braunschweig, 20. Januar

Ein Mann, der vor einigen Jahren aus dem Iran geflohen war, trug auf einer antifaschistischen Kundgebung eine Flagge Israels zusammen mit der persischen Flagge (Löwe und Sonne). Ein anderer Mann, der eine palästinensische Flagge um den Hals trug, kam daraufhin auf ihn zu und schrie auf Persisch: „Tod für Israel, Tod für den Schah von Iran und Tod für dich". Auf Deutsch fügte er hinzu: „Faschist, geh weg von hier" sowie weitere Beleidigungen, die sich gegen die Familie des Mannes richteten. Aufgrund der bedrohlichen Lage wechselten der aus dem Iran geflohene Mann und seine Begleiterin den Ort auf der Demonstration. Weitere Teilnehmende der Kundgebung, die den Vorfall mitbekommen hatten, unterstützten den Mann mit der Palästina-Flagge in seinen Beleidigungen oder zeigten keine Reaktionen.

Kategorisierung: Bedrohung, israelbezogener Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: unbekannt

◁ Foto: Pixel Matsch

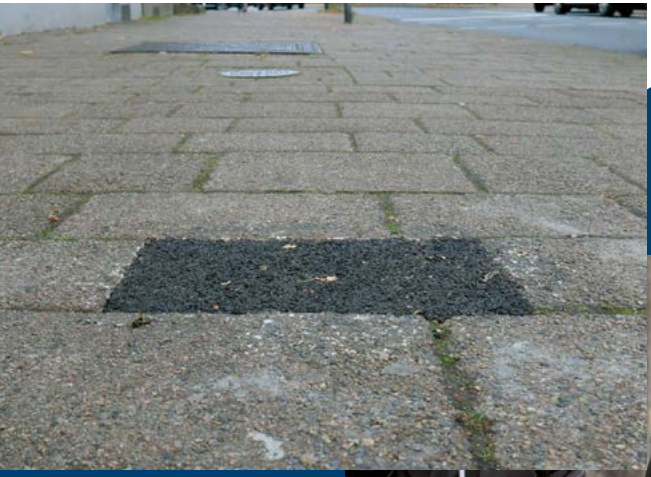
Seelze, 15. Juni und 15. Oktober

Am Mittwoch, dem 12. Juni, wurden sechs Stolpersteine zur Erinnerung an die jüdische Familie Willner in der Hannoverschen Straße 4 verlegt. Die Messingtafeln der Gedenksteine wurden kurz darauf in der Nacht vom 15. Juni mit schwarzer Farbe beschmiert. Mehrere Blumensträuße, die dort ebenfalls zum Gedenken abgelegt worden waren, wurden zertreten.

Nachdem die Steine gereinigt worden waren, wurden in der Nacht vom 15. auf den 16. Oktober drei Stolpersteine gestohlen. Die durch das Herausreißen der Steine aus dem Pflaster entstandenen Löcher wurden von der Stadt wieder zugeschüttet (siehe Bild).

Kategorisierung: gezielte Sachbeschädigung, Post-Schoa-Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: unbekannt



△ Foto: Jana Peltzer

Nutshell Fotografie ▽

Hannover, 7. Februar

Eine Massenmail wurde an zahlreiche E-Mail-Adressen, darunter auch eine niedersächsische, versendet. Auszug aus der Nachricht: „BITTE kämpft mit und befreit endlich unsere Heimat, das Deutsche Reich, die ganze Welt, alle kapitalisierten Nationen, […] vom jüdischen Besatzer, von der Regierung und von all diesen räudigen Juden-Familien, welchen mit der Kapitalisierung Grund und Boden, die Infrastruktur, die Versorgung, die Entsorgung etc. geschenkt wurde. […] Obendrein kassieren all diese räudigen Juden-Familien die völlig ungerechte Juden-Entschädigungszahlung, für Verbrechen welche nie stattgefunden haben, die Juden-Rente genannt, verteilt vom Zentralrat der Juden in Deutschland und in Österreich etc."

In der Mail werden zahlreiche antisemitische Verschwörungsmythen und andere Motive des modernen Antisemitismus reproduziert. Daneben werden Jüdinnen und Juden im Sinne des antisemitischen Otherings als fremd beschrieben. Weiter werden Motive des Post-Schoa-Antisemitismus deutlich, indem der Holocaust geleugnet und behauptet wird, die Erinnerung daran diene jüdischen Organisationen und Familien zur Bereicherung.

Kategorisierung: Massenzuschrift, antisemitisches Othering, moderner Antisemitismus, Post-Schoa-Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: rechtsextrem

Oldenburg, 5. Mai

Auf einer antiisraelischen Demonstration trug eine Person ein Plakat mit der Parole „Befreie Palästina vom deutschen Schuld" [sic]. Die Forderung nach einem Schlussstrich unter der Beschäftigung mit der Schoa macht deutlich, wie Motive des israelbezogenen Antisemitismus und des Post-Schoa-Antisemitismus in einem multidirektionalen Angriff auf die Erinnerungskultur verschmelzen. Mit ihrer Forderung tragen linke Aktivist*innen dazu bei, dass die Erinnerung an die Schoa weitere Risse bekommt. Dabei geraten sie in nächste Nähe zu rechten Akteur*innen, die seit Anbeginn der Bundesrepublik gegen einen vermeintlichen „Schuldkult" in Deutschland ankämpfen.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, Post-Schoa-Antisemitismus, israelbezogener Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: antiisraelischer Aktivismus

Betroffene Personen und Institutionen 2023 / 2024

Institutionen

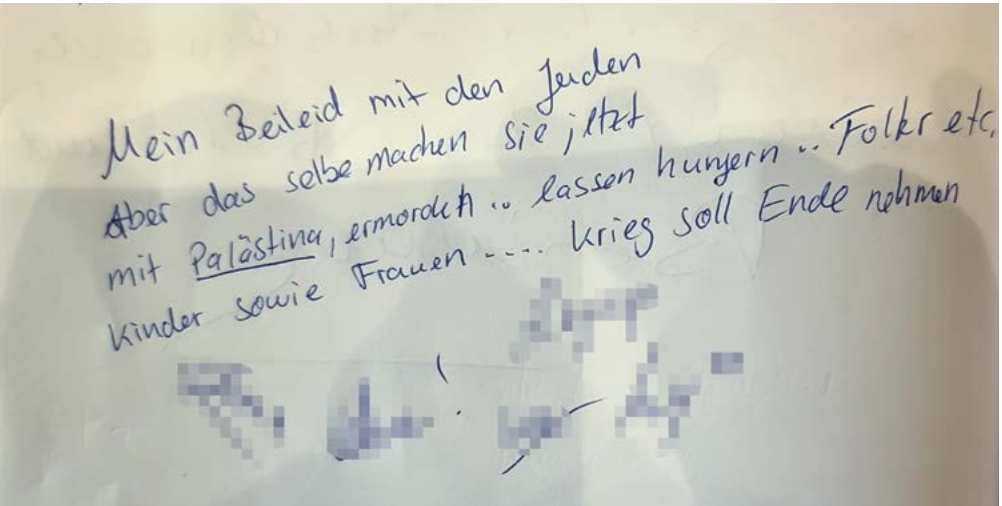
Einzelpersonen

Im Jahr 2024 waren in Niedersachsen insgesamt 215 Personen von antisemitischen Vorfällen direkt betroffen[13]. 2023 waren es 122 Personen. In 116 Fällen waren Institutionen direkt betroffen. In 11 Fällen handelte es sich um jüdische/israelische Institutionen wie etwa Synagogengemeinden oder jüdische Friedhöfe, in 62 Fällen um Gedenkstätten/Erinnerungsorte.

Bergen, 8. April

In einem Gästebucheintrag in der Gedenkstätte Bergen-Belsen wurde der Satz hinterlassen: „Mein Beileid mit den Juden Aber das selbe machen Sie jetzt mit Palästina, ermorden …

13 Betroffenenanzahl: In 164 Vorfällen waren insgesamt 215 Einzelpersonen betroffen. Die höhere Anzahl von Einzelpersonen rührt daher, dass in einem Vorfall gleichzeitig mehrere Personen von Antisemitismus betroffen sein können.



lassen hungern … Folter etc. Kinder sowie Frauen … Krieg soll Ende nehmen". Der Beitrag ist von fünf Personen unterschrieben.
Die Unterstellung stellte eine antisemitische Täter-Opfer-Umkehr dar. Zum einen werden die Taten der deutschen Nationalsozialist*innen während der Schoa verharmlost. Gleichzeitig werden alle Jüdinnen*Juden mit den vermeintlichen Taten Israels identifiziert und für diese verantwortlich gemacht. Die Aussage dämonisiert zudem Israels Verteidigungskrieg durch die Gleichsetzung mit dem nationalsozialistischen Massenmord und unterschlägt den Grund für den Krieg in Israel/Gaza: die Massaker vom 7. Oktober und die andauernde Verschleppung israelischer Geiseln.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoa-Antisemitismus, antisemitisches Othering

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: unbekannt

Oldenburg, 4. April

Einen Tag vor dem Brandanschlag auf die Synagoge in Oldenburg wurde ein Mädchen auf ihrem Schulweg von zwei jungen Männern festgehalten und als „dreckiger Jude" beschimpft. Zur Erinnerung an die von der Hamas entführten israelischen Geiseln trug das Mädchen eine gelbe Schleife, was vermutlich dazu führte, dass sie von den Männern als jüdisch erkannt wurde.

Kategorisierung: Angriff, antisemitisches Othering, israelbezogener Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: unbekannt

Oldenburg, 23. Oktober

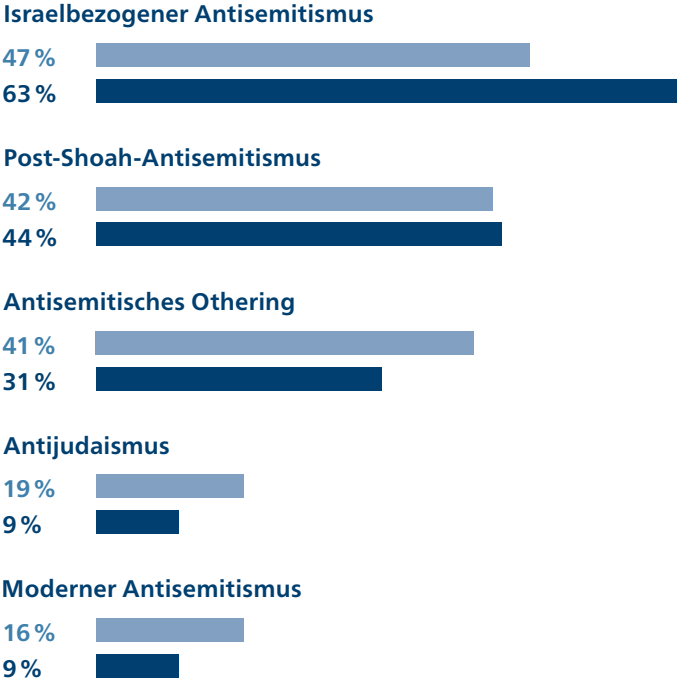
Eine Person, die eine Mütze mit israelischer Symbolik trug, wurde von zwei Männern an einer Ampel vom Fahrrad getreten. Zuvor pöbelten die Männer sie bezüglich ihrer „Judenmütze" an. Die Angegriffene trug Schürfwunden davon.

Kategorisierung: Angriff, antisemitisches Othering, israelbezogener Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: unbekannt

Erscheinungsformen
2023 / 2024

Mehrfache Zuordnungen
sind möglich.



Antisemitismus kann unterschiedliche Erscheinungsformen annehmen. Dabei lassen sich viele antisemitische Äußerungen oder Handlungen nicht exakt nur einer Form zuordnen. In der Regel kommt es zu Überschneidungen. Das ist beispielweise der Fall, wenn Israel als Nachfolgestaat des NS-Staats dargestellt wird und ihm so das Existenzrecht abgesprochen wird. Solche Delegitimierungen werden dem israelbezogenen Antisemitismus und gleichzeitig dem Post-Schoa-Antisemitismus zugeordnet, weil sie einerseits die Vernichtung Israels mitsamt seiner Bevölkerung implizieren und anderseits eine Relativierung der Schoa darstellen.

Wie im Jahr zuvor war die am weitesten verbreitete Form antisemitischer Artikulation der israelbezogene Antisemitismus mit 63 % (2023: 47 %). Dieser manifestiert sich häufig in der Übertragung klassischer antisemitischer Stereotype auf den israelischen Staat. Der Post-Schoa-Antisemitismus (44 %) äußerte sich häufig in einer Täter-Opfer-Umkehr oder in Formen der Schoa-Relativierung bis hin zu deren Leugnung. Im antisemitischen Othering werden Jüdinnen*Juden als fremd oder nicht dazugehörig beschrieben. Fälle, in denen Personen oder Institutionen als „Jude" beschimpft werden, werden ebenfalls als Othering klassifiziert. Dies geschah in 31 % der dokumentierten Fälle. Religiös begründete Stereotype, die einen Teil des antijudaistischen Antisemitismus bilden, wie etwa das Narrativ des Kindermords, wurden in 9 % (2023: 19 %) der Fälle registriert. Die absolute Zahl der Fälle von modernem Antisemitismus, der sich im Zusammenhang mit Verschwörungsideologien äußert, hat sich im Vergleich zu Vorjahr kaum verändert. Im Verhältnis zu anderen Formen des Antisemitismus hat sich die Bedeutung dieser Form jedoch von 16 % im Jahr 2023 auf 9 % im Jahr 2024 verringert.

Die Vorfälle des israelbezogenen Antisemitismus traten oft verbunden mit anderen Erscheinungsformen auf. Gut ein Drittel der Vorfälle von israelbezogenem Antisemitismus (in absoluten Zahlen: 145 Fälle) wurden gleichzeitig dem Post-Schoa Antisemitismus zugeordnet. Dies zeigte sich beispielweise in der Unterstellung von genozidalen Absichten Israels gegenüber Palästinenser*innen und der Gleichsetzung dieser mit der Schoa. Ein anderes Beispiel war die Störung von Veranstaltungen anlässlich der Schoa-Gedenktage mit antiisraelischen Parolen wie „Kindermörder Israel". Die zweithöchsten Überschneidungen lassen sich zwischen israelbezogenem Antisemitismus und antisemitischem Othering (63 Fälle) feststellen, wobei Jüdinnen*Juden mit dem Staat Israel identifiziert und für dessen Politik verantwortlich gemacht werden.

Lüneburg, 20. Januar

Nachdem in einer Erstsemester-Chatgruppe mit ca. 750 Mitgliedern ein jüdisches Mitglied einen Beitrag eines Hamas-nahen Vereins als antisemitisch bezeichnet hatte, wurde es aus der Gruppe entfernt. Zuvor waren in den Tagen nach dem 7. Oktober alle Spendenaufrufe für die Opfer der Massaker aufgrund von „politischen Inhalten" aus der Gruppe entfernt worden.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, antisemitisches Othering

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: unbekannt

Oldenburg, 24. April

Auf ihrem nächtlichen Heimweg begegnete der Meldenden ein Mann, der ihr unangenehm tief ins Gesicht schaute. Als sie ihren Blick abwandte, fing der Mann an, sie zu beleidigen, und rief ihr hinterher: „Scheiß Jude, geh zurück nach Auschwitz. Scheiß Jude, du gehörst nicht nach Drielake [Stadtteil von Oldenburg]." Der Mann wiederholte den Satz einige Male und verfolgte die Meldende noch etwa ein bis zwei Minuten. Erst als sie drohte, die Polizei zu rufen, verschwand er.

Kategorisierung: Bedrohung, antisemitisches Othering, Post-Schoa-Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: unbekannt

Landkreis Hameln-Pyrmont, 11. November

Am 9. November erschien ein Interview mit dem Antisemitismusbeauftragten Niedersachsens in einer lokalen Zeitung. Ein beschriebener Ausschnitt dieses Artikels wurde dem Antisemitismusbeauftragten zugeschickt. In Form einer Sprechblase wurde ihm darin der Satz in den Mund gelegt: „Ja, es ist wahr! Die Juden ermorden in Gazha [sic] 40 000 Frauen + Kinder. Die jüdischen Kriegsverbrecher morden aus Hass. Moses".
Dass Jüdinnen*Juden besonders rachsüchtig seien, ist ein altes Stereotyp, welches wie die Ritualmordlegende bereits den Antijudaismus kennzeichnet. Der Verweis darauf, dass angeblich „Moses", also die zentrale Figur der Thora, dies gesagt habe, unterstreicht den antijudaistischen Charakter des Vorfalls.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, antijudaistischer Antisemitismus, israelbezogener Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: unbekannt

„Hass gegenüber jüdischen Menschen ist überall präsent“

Der Antisemitismusbeauftragte des Landes, Gerhard Wegner, spricht über legitime Kritik an Israel, wachsenden Judenhass im linken Lager und die Kampagne „Niedersachsen gegen Antisemitismus“

Ja, es ist wahr! DIE JUDEN ERMORDEN IM GAZA 40.000 FRAUEN + KINDER DIE jüdischen KRIEGSVERBRECHER morden aus HASS. MOSES

Warnt vor einem wachsenden Judenhass: Niedersachsens Antisemitismusbeauftragter Gerhard Wegner.

FOTO: KATRIN KUTTER

Interview: Simon Benne

Buchholz (Nordheide), 11. Mai

Abgerissene Plakate zur Erinnerung an die von der Hamas entführten Geiseln.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, israelbezogener Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: unbekannt

Göttingen, 17. August

An der Hausfassade des linken Hausprojekts OM10 e.V. in Göttingen wurde ein Banner mit der Aufschrift „Stopp mit Kriegen, Genoziden, Nationalismus & Waffenexporten egal wo! Sudan, Palestine, Balochistan, Congo, Kurdistan, Afghanistan“ aufgehängt. Das Haus in der Obere-Masch-Straße 10 war früher im Besitz der jüdischen Gemeinde und diente dieser auch als Altersheim, woran Stolpersteine mit den Namen der letzten Bewohner*innen erinnern. Direkt neben dem Gebäude befindet sich der Platz der Synagoge mit einem Mahnmal, das an die dort während der Novemberpogrome 1938 niedergebrannte Synagoge erinnert.

Der Vorwurf gegen Israel, einen Genozid an Palästinenser*innen zu betreiben, wird antisemitisch, wenn damit eine Gleichsetzung mit der Schoa intendiert ist. Durch die unmittelbare Nähe des Banners zum Mahnmal ist diese gegeben. Es handelt sich damit um eine antisemitische Täter-Opfer-Umkehr, da dem Staat der Überlebenden der Schoa von Nachfahren der Täter*innen vorgeworfen wird, heute einen Völkermord zu betreiben, wie ihn deutsche Nationalsozialist*innen an Jüdinnen*Juden verübten. Ein solches Banner am Ort der Erinnerung an die Schoa bedeutet eine Verhöhnung der Opfer der Schoa, es ist geschichtsrelativierend und antisemitisch.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoa-Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: links/antiimperialistisch

Hannover, 13. Mai

Am Friedrichswall wird ein DIN A5-großer Sticker, der von einer Ultragruppe von Raja Casablanca (Marokko) verbreitet wird, entdeckt. Auf dem Aufkleber ist ein buntes Sammelsurium von antisemitischen Symboliken zu finden. So wurde in dem zentralen Spruch „Rotted Identity“ das „o“ durch einen Davidstern ersetzt. Ein Bild zeigt die Comicfigur Dagobert Duck, durch Schtreimel, Pejot (Schläfenlocken) und Davidsterne in den Augen als jüdisch gekennzeichnet. In modern-antisemitischer Tradition ist die Figur vor einem Haufen von Goldmünzen und Sparschweinen platziert.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, moderner Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: unbekannt

Tatorte
2023 / 2024

	2023	2024
Straße	113	264
Internet	56	107
Bildungseinrichtung	39	90
Gedenkort	24	38
unbekannt/keine Angabe	12	24
ÖPNV	15	19
Öffentliches Gebäude	18	17
Privatgelände	9	16
Wohnumfeld	13	13
Gewerbe	11	11
Öffentliche Grünanlage	4	10
Arbeitsplatz	8	9
Friedhof	4	8
Synagoge	8	7
Geschäftsstelle	8	6
Sonstiges	2	4
Gastronomie	3	3
Kunst- und Kultureinrichtungen	1	3
Stadion	1	1

Alltagsantisemitismus zeigt sich nicht nur in einer hohen Anzahl von Vorfällen verletzenden Verhaltens. Auch der Blick auf die Tatorte, also die Orte, an denen sich antisemitische Vorfälle ereigneten, zeigt die Alltäglichkeit des Antisemitismus im Leben der Betroffenen. Sie können ihm (potenziell) überall begegnen und sich ihm nicht entziehen. Das heißt, dass es kaum Räume gibt, wo Jüdinnen*Juden nicht mit Antisemitismus konfrontiert werden. Sie begegnen ihm am Arbeitsplatz, im privaten Umfeld oder an Orten jüdischen Lebens. Die Nachwirkungen des 7. Oktober waren auch im Jahr 2024 allgegenwärtig, und die Räume für Jüdinnen*Juden sind noch enger geworden.

2024 fanden die meisten Vorfälle wie im Jahr zuvor auf oder an der Straße statt (2023: 113; 2024: 264; Zunahme um 134 %). Antijüdische Raumnahme durch die Verbreitung von antiisraelischen und antisemitischen Narrativen und Symboliken in der Öffentlichkeit führt in der Konsequenz zum Rückzug von Jüdinnen*Juden.

Hannover, September – November

Um das Gebiet der Bahnhaltestelle Mühlenberg ist es im vergangenen Jahr mehrmals zu Verklebungen von antisemitischen Plakaten gekommen. Damit die enorme Anzahl antisemitischer Motive an einem Platz die Statistik nicht verzerrt, wurden die einzelnen Plakate nicht als ein Vorfall gezählt. Da RIAS insgesamt viermal in einem Zeitraum von September bis November antisemitische Plakate an diesem Platz gemeldet wurden (jedes Mal mit neuen Motiven), wurde die Serie als insgesamt vier Vorfälle in die Statistik aufgenommen, obwohl davon auszugehen ist, dass weitaus häufiger neue Bilder plakatiert worden sind. Die menschenfeindlichen Plakate wurden von engagierten Anwohner*innen entfernt, die sich der kontinuierlichen antisemitischen Raumnahme entgegenstellen.

Diese Serie antisemitischer Plakate in Mühlenberg macht deutlich, wie durch punktuelle örtliche Häufungen antisemitischer Vorfälle die Erfass- und Abbildbarkeit der Fälle seit dem 7. Oktober 2023 an seine Grenzen stößt.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, antijudaistischer Antisemitismus, israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoa-Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: unbekannt

280 DAYS OF
GENOCIDE
AND 76 YEARS
NAZI'S IN ONE DAY NUMBER OF CHILDREN KILLED
127
ISRAEL IN ONE DAY NUMBER OF CHILDREN KILLED
178
ISREAL TERRORIST

RAFAH
HOLOCAUST
Olaf Scholz ,du im Bordell gezeugter Bastard
WAS NEVER A CONFLI
IT'S ALWAYS BEEN GENOCIDE

Vorfälle im Hochschulbereich

Nach dem 7. Oktober nahmen antisemitische Vorfälle an Bildungseinrichtungen stark zu. Dazu gehören beispielweise Vorfälle an Hochschulen, Schulen und Kitas. Der Trend aus 2023 hat sich im Jahr 2024 fortgesetzt. In absoluten Zahlen wurde ein Anstieg um fast das 1,5-Fache im Bildungsbereich dokumentiert (2023: 39; 2024: 90).

Die Vorfälle im Hochschulbereich stellen einen besonderen Kontext dar. Denn hier werden Bildungsstandards gesetzt und die Vordenker*innen und Verantwortungsträger*innen der Zukunft ausgebildet. Jüdische Studierende sind auf die Hochschulen angewiesen, um selbst einen Studienabschluss zu erreichen und Teil dieser Zukunft werden zu können. Das macht die antisemitische Bedrohung für jüdische Studierende unausweichlich. Neben Schmierereien und Aufklebern wurden auch Beleidigungen, Angriffe und Bedrohungen der Studierenden und Mitarbeitenden gemeldet. Lehrveranstaltungen wurden abgebrochen, abgesagt oder nicht angeboten aus Angst vor Konfrontationen.

Wie gezielt Störaktionen von antiisraelischen Aktivist*innen an den Hochschulen ablaufen, illustriert exemplarisch folgender Vorfall mit einer Gruppe von ca. 9 Aktivist*innen (das Gedächtnisprotokoll wurde RIAS durch die betroffene Person zur Verfügung gestellt) an einer niedersächsischen Universität. Er ereignete sich am 29. November in einem Seminar, das Judenhass nach dem 7. Oktober zum Thema hatte.

29. November

Zu Beginn der Vorstellungsrunde bemerkte die meldende Person, *„dass die Person, die ich schon erkannt hatte, einen anderen Namen auf ihr Namensschild schrieb als den, mit dem ich sie bisher angesprochen hatte". Außerdem war auffällig, wie sie „auf ihrem Stuhl saß und ihr Handy vor sich hielt. Es sah aus, als würde sie Fotos machen oder filmen".*

Kurz danach las eine andere Person einen mitgebrachten Text vor. Sie sagte, *„dass sie wütend sei aufgrund der Tatsache, dass man während des andauernden Genozids in Gaza*

ein Seminar abhielt, in dem dieser Genozid nicht vorkäme und in dem man sich lieber die Frage stellte, woher der Judenhass käme. […] Sie sprach weiterhin davon, dass sich auf der Literaturliste für das Seminar zionistische Propaganda befände, die den Genozid rechtfertigen würde, und nannte unsere unkritische Besprechung dieser Texte […] ekelhaft".

Im weiteren Verlauf der Sitzung *„rissen weitere Personen die Tür des Seminarraums auf und weitere circa vier Personen betraten den Raum. Zwei von ihnen hielten ein großes Banner, das sich mindestens 2 Meter zwischen ihnen aufspannte und auf dem „Free Palestine!" stand und eine palästinensische Flagge abgebildet war. Alle vier Personen trugen eine Kufiya, und auch die fünf Personen, die sich schon die ganze Zeit im Raum befanden, trugen zu späterem Zeitpunkt eine, was den Eindruck des Auftretens als geschlossene Gruppe verstärkte. Während zwei Personen also das Banner hielten, konzentrierte sich das Geschehen nun auf den Eingangsbereich des Seminarraums, in dem nun eine Person von ihnen anfing, einen zweiten Vortrag in extremer Lautstärke vorzutragen. Dieser wurde sowohl inhaltlich als auch durch Gestik, Mimik, Lautstärke und Intonation sowie die Position im Raum (stehend, hinter dem Tischviereck, während alle Seminarteilnehmer*innen saßen) in deutlich gesteigerter Aggression vorgetragen. In diesem zweiten Vortrag wurden sowohl die Dozierenden als auch wir als Seminarteilnehmer*innen direkter angesprochen und persönliche Vorwürfe gemacht. Es wurde unterstellt, wir würden zionistische Propaganda verbreiten, das Seminar wäre faschistisch, wir wären rassistische und ekelhafte Zionist*innen und würden allen Palästinenser*innen pauschal Antisemitismus unterstellen; all dies durch unsere Entscheidung, am Seminar teilzunehmen. […] Die Person verurteilte die generelle Absicht, einen akademischen Diskurs im Themenbereich des Israel-Palästina-Konflikts zu führen, und betonte, dass sie das Reden generell leid wäre".*

Das Seminar wurde unterbrochen. Im Treppenhaus wurde noch einmal von der antiisraelischen Gruppe betont, dass sie das Seminarthema ablehne, *„da der 7. Oktober kein*

antisemitischer Anschlag gewesen sei, sondern eine Reaktion auf vorangegangene Gewalt des israelischen Staates gegen das palästinensische Volk".

Die Seminarteilnehmenden wurden mit Gesichtern und Vor-/Nachnamen gefilmt, ohne ihre Zustimmung. Auf die zweifache Bitte der meldenden Person, das Video zu löschen, wurde nicht eingegangen.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, israelbezogener Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: antiisraelischer Aktivismus

Göttingen, 23. Mai

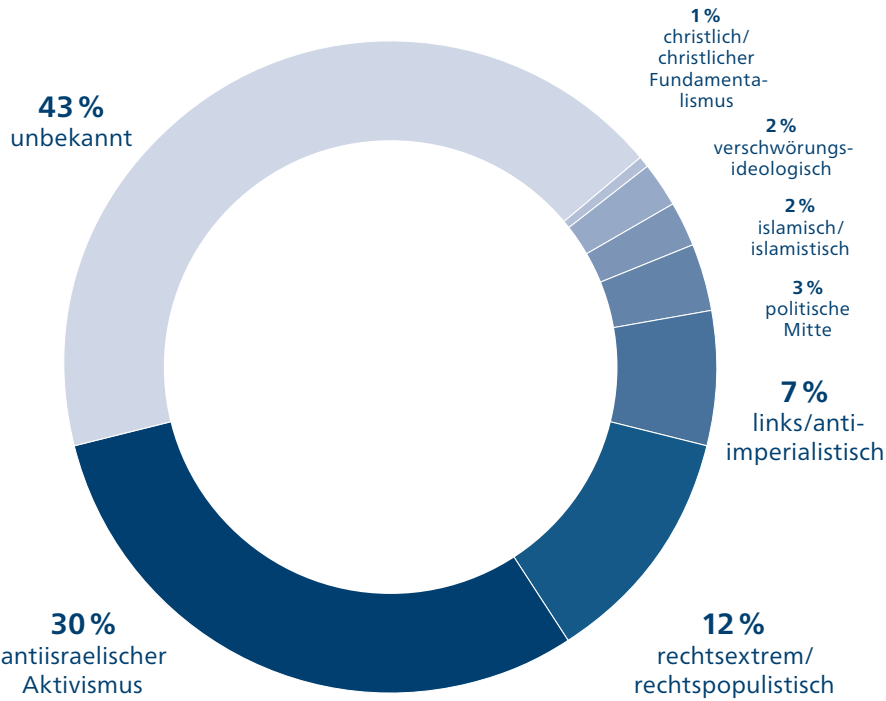
An einer Regenrinne eines Gebäudes der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen wurde dieser Aufkleber angebracht. Delegitimierende Anfeindungen gegen den Zionismus, also die jüdische Souveränitätsbewegung, bedeuten, dem jüdischen Volk das Recht auf Selbstbestimmung abzusprechen. Es ist der Versuch, die internationale Legitimität des Staates Israel zu untergraben, und damit antisemitisch.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, israelbezogener Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: unbekannt

ANTIFA
ULTRAS
GÖTTINGEN 05
ZIONISM?
NEIN DANKE
KAPITALISMUS
IST KEIN
NATURGESETZ

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund



Der politisch-weltanschauliche Hintergrund eines Vorfalls konnte in mehr als der Hälfte der Fälle eindeutig zugeordnet werden – in 43 % der Fälle war er unbekannt.
Die meisten im Jahr 2024 erfassten Vorfälle konnten mit 30 % (197 Fälle) dem antiisraelischen Aktivismus zugeordnet werden (2023: 18 %). In absoluten Zahlen ist das ein Anstieg auf das Dreifache (2023: 64; 2024: 197). Es folgen rechtsextrem/rechtspopulistische Fälle von Antisemitismus (2024: 12 %; 2023: 14 %). Rechtsextreme Vorfälle nahmen prozentual zwar ab, stiegen in absoluten Zahlen an (2024: 78; 2023: 49). Die Fälle mit links/antiimperialistischem Hintergrund stiegen von 2 % im Jahr 2023 auf 7 % im Jahr 2024. Die Zunahme der Hintergründe antiisraelischer Aktivismus und links/antiimperialistisch sind eng mit dem 7. Oktober verknüpft.

Göttingen, 28. September

Drei Personen demonstrierten in Göttingen mit einer Israel-Flagge gegen eine antiisraelische Demonstration. Plötzlich wurde ihnen die Flagge aus einer Personengruppe heraus entrissen und entwendet. Die Täter versuchten die Fahne anzuzünden, konnten jedoch von der Polizei daran gehindert werden. Später wurde eine der israelsolidarischen Personen angerempelt und als „Opfer" bezeichnet.

Kategorisierung: Angriff, israelbezogener Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: antiisraelischer Aktivismus

Hannover, 24. April

Der Aufkleber „Wir sind deine Stimme! AfD" wurde über eine Mesusa geklebt.

Kategorisierung: gezielte Sachbeschädigung, antisemitisches Othering

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: rechtsextrem

Buchholz (Aller), 16. Januar

Auf einer Gartenparty deutete ein Gast hasserfüllt auf ein jüdisches Paar und sagte: „Ein Hoch auf die Waffen-SS". Beide waren aufgrund ihrer Halsketten mit einem Magen-David-Anhänger als jüdisch erkennbar. Ein Freund des Paars stellte den Gast daraufhin zur Rede und diskutierte lange mit ihm. Währenddessen wurde von dem Gast noch öfter mit hasserfüllten Blick auf den Meldenden gezeigt. Nach dem Gespräch verließ das Paar die Veranstaltung schnell.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, Post-Schoa-Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: rechtsextrem

Oldenburg 22. April 2024

Ein Sticker mit der Aufschrift „VfB Oldenburg Fans gegen jeden Antisemitismus" und einem Davidstern wurde von einem antiisraelischen Sticker der SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend) überklebt. Der Sticker, der sich vermeintlich „nur" gegen Israel richtet, wurde verwendet, um Aussagen gegen Antisemitismus unkenntlich zu machen. Der Vorgang macht deutlich, wie häufig antiisraelische Aussagen Anschluss an antisemitische Motive bieten. In einem solchen Narrativ wird bereits die Thematisierung von Antisemitismus abgelehnt, bekämpft oder eben überklebt.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, israelbezogener Antisemitismus, antisemitisches Othering

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: links/antiimperialistisch

Hannover, 22. Februar

Ein Mann mit Kippa ging mit seiner Verlobten in Richtung Maschsee spazieren. Als sie die Straße überquerten, fuhr ein Auto an ihnen vorbei. Aus dem offenen Fenster schrie eine Person sie mit den Worten „Allahu Akbar" an.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, antisemitisches Othering

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: islamisch/islamistisch

Oldenburg, 9. November

Am 9. November standen, wie an anderen Samstagen bereits zuvor, bibeltreue Evangelist*innen auf dem Julius-Mosen-Platz. Der Redner sagte, dass Abtreibungen in Deutschland mit dem Holocaust gleichzusetzen seien. Er tat dies am Jahrestag der Novemberpogrome.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, Post-Schoa-Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: christlich/christlicher Fundamentalismus

Braunschweig, 16. Oktober

„Juden Jagen"-Graffiti an einer Trafostation. Daneben steht das Kürzel 1312 (ein aus den Anfangsbuchstaben generierter Zahlencode für „All cops are bastards").

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, antisemitisches Othering

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: unbekannt

Entmenschlichung, Empathie-Verweigerung und Verherrlichung antisemitischer Gewalt

Kennzeichen der antiisraelischen Protestbewegung seit dem 7. Oktober 2023

Hannover, 9. März

Entmenschlichungen: eine antisemitische Tradition

Die Dokumentation antiisraelischer Versammlungen durch RIAS Niedersachsen zeigt, dass dort Israelis und Jüdinnen*Juden gezielt dehumanisiert werden. Deutlich wurde dies etwa am 9. März[14]: Auf einer Demonstration wurden sowohl der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu als auch die als seine vermeintlichen „Komplizen" angesehenen Politiker Olaf Scholz und Joe Biden als augenklappentragende Vampire dargestellt. In Braunschweig (18. Mai) und Wolfsburg (25. Mai) wurde ein mit künstlicher Intelligenz erstelltes Plakat gezeigt, das Israelis als Ratten darstellte, die von einer Person mit den Gesichtszügen Yassir Arafats symbolisch vom Tempelberg in Jerusalem gefegt werden. Am 2. November erklärte ein Redner auf einer Demonstration in Hannover seine Freude über den Tod von israelischen Soldaten, die er als Schweine bezeichnete:

> „Und die Schweine werden wie Fliegen runterfallen. […] Das Einzige, was mir gerade persönlich beim Schlafen hilft, ist das Geräusch von zerbombten Merkava, und die einzige Musik, die ich gerade höre, sind die Schreie von IOF-Soldaten und Co-Terroristen in ihren Trauerfeiern."[15]

14 Alle folgenden Beispiele sind aus dem Jahr 2024.

15 Der Begriff Merkava bezeichnet einen israelischen Kampfpanzer. Der Redner bezeichnete die israelischen Streitkräfte „Israel Defense Forces" als „Israel Offense Forces" oder „Israeli Occupying Forces".

Die Bilder reihen sich in die Tradition klassischer antisemitischer Bildsprache ein. Das Motiv, Jüdinnen und Juden als Schweine darzustellen, stammt bereits aus dem Mittelalter. Populär ist die aus dem christlichen Antijudaismus stammende „Judensau". Die Tier-Metapher ist ebenfalls in islamistischen antisemitischen Milieus weit verbreitet. Häufig wird hierbei Bezug auf drei Suren genommen.[16]

In der nationalsozialistischen Propaganda wurden Jüdinnen*Juden häufig als Ratten oder Vampire dargestellt. Gegen derart als „Ungeziefer" oder „parasitäre Blutsauger" entmenschlichte Feindbilder schien jedes Mittel legitim. Auf die verbale Entmenschlichung in Reden Hitlers oder die auf Plakaten und in Filmen zu sehende visuelle Entmenschlichung von Jüdinnen*Juden folgte die ganz konkrete, praktische: Ein großer Teil der in der Schoa Ermordeten wurde erst in Viehwagons transportiert, bevor sie dann mit Zyklon B, einem Schädlingsbekämpfungsmittel, ermordet wurden.
Es sind die über Jahrhunderte tradierten und intergenerationell weitergegebenen antisemitischen Bilder, die es ermöglichen, Jüdinnen und Juden noch angesichts der Massaker vom 7. Oktober als die eigentlichen Aggressoren darzustellen. Die Umdeutung der hemmungslosen antisemitischen Gewalt, die von der Hamas und ihren Helfern selbst dokumentiert wurde, zu gerechtfertigtem Widerstand, kann nur unter der vorangegangenen und andauernden entmenschlichenden Darstellung von Jüdinnen und Juden als Personifikation des absolut Bösen erfolgen.

16 In den Suren 2:65, 4:163–166 und 5:60 berichtet der Koran davon, dass Gott Juden in Affen und Schweine verwandelte.

Braunschweig, 18. Mai
und Wolfsburg, 25. Mai

Affirmationen antisemitischer Gewalt

Bundesweite Bekanntheit erlangte das feierliche Verteilen von Baklava am 7. Oktober 2023 in Berlin durch die Gruppe Samidoun.[17] Die Massaker wurden und werden aber auch auf niedersächsischen Straßen bejubelt. Ein Redner in Hannover erklärte am 9. November 2024, dem Jahrestag der Novemberpogrome 1938, er empfinde wieder die „gleiche Freude" wie am 7. Oktober 2023.[18] Der Grund für seine Freude waren erneute Nachrichten über antisemitische Gewalt. Dieses Mal jedoch aus den Niederlanden: Wenige Tage zuvor waren israelische Fußballfans in Amsterdam attackiert worden.

17 Vgl. https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/samidoun-tarnung-fuer-terror-106121 [letzter Zugriff: 17.04.2025, 13:22].

18 Dies und die folgenden zwei Zitate: Reden auf einer Kundgebung am 9. November 2024 in Hannover.

Die Täter hatten sich zuvor in Chatgruppen zur „Judenjagd" verabredet.[19] Der Redner fuhr fort:

> „Aber danke an die Löwen der Wüste, die den Schweinen gezeigt haben, welchen Platz sie auf der Welt haben und nicht nur in den Niederlanden. […] Es gibt keine unschuldige [sic] israelische Fans."

Er schloss dann, unter lautem Jubel der Menge, mit der expliziten Aufforderung, derartige Pogrome auch in Deutschland zu wiederholen:

> „Ich habe nämlich gesagt, dass unsere Antworten auf Zionisten nicht weniger als Nasenblutung [sic] sein sollen. Also danke, meine Geschwister in Amsterdam. Wir stehen hier nicht in Solidarität mit unseren Geschwistern von dort. Wir bejubeln diese Tat und warten noch auf unsere Geschwister in Frankreich und in der Türkei und auf deren Reaktionen und hoffen und hoffen, dass die irgendwann hierher nach Deutschland kommen."

Die Redner*innen auf Demonstrationen nutzen mitunter verstörende Metaphern und Formulierungen, um zu beschreiben, wie sehr sie den Tod von Menschen gutheißen. Im folgenden Ausschnitt bezog sich ein Redner am 26. Oktober in Hannover auf die Tötung des israelischen Soldaten Shuva'el Ben Natan:

> „Also, heute habe ich bewusst keine Musik angemacht, um die Musik zu genießen. Ich habe meine Zeit mit etwas anderem genossen, indem ich das Schreien von Shuva'el Ben Natan Co-Terroristen [sic] und seiner Freunde wegen seines Todes angemacht habe. […] Das Schwein wurde getötet und das habe ich heute genossen. […] Ich sage den IOF-Soldaten wir frühstücken euren Leib. Wir frühstücken euren Leib und wir genießen euer Schreien und genießen euer Schreien."[20]

---

19 Vgl. https://www.mena-watch.com/neue-enthuellungen-zur-judenjagd-von-amsterdam [letzter Zugriff: 17.04.2025, 13:22]

20 Rede auf einer Demonstration am 26. Oktober in Hannover.

Die Erfahrung von antisemitischer Gewalt als genozidalen Vernichtungswillen gegen Jüdinnen und Juden prägt die jüdische Geschichte. Sie wurde erneut während der Massaker vom 7. Oktober 2023 deutlich und klingt in den Apologien der antiisraelischen Protestbewegung wider. Seit mehr als eineinhalb Jahren sind niedersächsische Innenstädte durch antiisraelische und antisemitische Versammlungen geprägt. Für Jüdinnen und Juden bedeutet dies ganz konkret, dass sie diese Orte nicht mehr besuchen können, ohne mit der Verherrlichung einer Gewalt konfrontiert zu werden, die sich gegen sie richtet. Dafür, dass die Affirmation antisemitischer Gewalt sich nicht, wie auf den antiisraelischen Kundgebungen häufig behauptet, auf Zionist*innen und Israelis beschränkt, spricht exemplarisch ein Vorfall aus Göttingen. An einer Bushaltestelle dort wurde ein Aufkleber mit der Aufschrift „Killing jews is not resistance" so zerkratzt, dass das „not" nicht mehr lesbar ist und der Satz nun lautet „Killing jews is resistance".

Göttingen, 24. Oktober

Verleugnung sexualisierter Gewalt am 7. Oktober

Während sich viele Aussagen positiv auf die antisemitische Gewalt beziehen, wird sie an anderer Stelle geleugnet. Insbesondere Fälle sexualisierter Gewalt im Kontext des 7. Oktober werden bestritten oder verharmlost. Eine Rednerin einer Demonstration in Wolfsburg am 7. September erklärte dementsprechend:

> „Weiter geht es mit den Massenvergewaltigungen beim Festivaltag mit angeblich schwangeren Frauen und der Geiselnahme. Ihr habt davon sicherlich einige Male gehört. Es gibt aber gar keine Beweise oder Belege dafür, dass dies passiert ist. […] So wie es die Cis- Männer vor Ort behauptet haben."[21]

Derartige Äußerungen im öffentlichen Raum verstärken für Jüdinnen und Juden den Eindruck, dass die nichtjüdische Mehrheitsgesellschaft sich zunehmend empathielos gegenüber der Gewalt gegen sie zeigt. Dies muss sich nicht derart radikal wie im vorangegangenen Beispiel ausdrücken. Die Bagatellisierungen zeigen sich ebenso in einseitigen Bewertungen der Geschehnisse in Nahost oder in einer Relativierung israelischer Opfer. Ein Beispiel hierfür ist eine Demonstration am 25. November in Hannover, die sich gegen patriarchale Gewalt richtete. Während der Demonstration wurde die sexualisierte Gewalt insbesondere gegen israelische Frauen am 7. Oktober nicht erwähnt. Die Geiseln, welche sich noch immer in der Gewalt der Hamas befinden und zu denen zum damaligen Zeitpunkt noch zahlreiche Frauen zählten, wurden verschwiegen. In einem Redebeitrag wurde jedoch die Situation palästinensischer Frauen thematisiert und die falsche Darstellung verbreitet, Israel setze sexualisierte Gewalt ein, um das palästinensische Volk zu vernichten. Derartige Darstellungen sind sowohl bewusste strategische Aneignung von Begriffen als auch eine Täter-Opfer-Umkehr im Hinblick auf von Palästinensern begangene Verbrechen. Die in der Rede verwendeten Darstellungen des Konflikts sowie die Auslassung

21 Rede auf einer Demonstration am 7. September in Wolfsburg. Entgegen dieser Aussage existierten zum Zeitpunkt der Rede bereits mannigfaltige Nachweise über Fälle sexualisierter Gewalt am 7. Oktober. Siehe hierzu: Loy, Bianca: Die Verschränkung von Antisemitismus und Sexismus nach dem 7. Oktober 2023, RIAS Working Paper 02/24.

der insbesondere von Jüdinnen erlebten Gewalt am 7. Oktober 2023 werden von RIAS – da sie zwar anschlussfähig an Antisemitismus sind, aber die Grenze zu diesem noch nicht explizit überschreiten – nicht als antisemitischer Vorfall gezählt. Ereignisse wie diese verdeutlichen jedoch, wie auch Grenzfälle zu einem gesellschaftlichen Klima beitragen, das antisemitische Vorfälle wahrscheinlicher macht und Jüdinnen und Juden zugleich ihre Erfahrungen abspricht.

Problematisch ist an dieser Stelle nicht, dass das Leid von Palästinenser*innen in Gaza angesprochen wird. Außer Frage steht auch, dass die Vulnerabilität von Frauen in jedem Krieg höher ist als die von Männern. Die Einseitigkeit und die Unterschlagung der Ursachen der derzeitigen Lage sind es, die die Aussagen insgesamt zu einer Israel dämonisierenden Darstellung machen. Das Verschweigen israelischer Opfer ist kein Zufall, sondern entspringt einem Narrativ, das durch ein dichotomes Bild des Konflikts geprägt ist: Die Gewalt gegen Israelis wird unterschlagen, da diese ausschließlich als Täter*innen gedacht werden können.

Personen, die einerseits die genozidale und sexualisierte Gewalt der Hamas verleugnen und andererseits Israel beides unterstellen, betreiben eine Täter-Opfer-Umkehr, projizieren also die antisemitische Gewalt auf Jüdinnen und Juden. Für jüdische oder israelsolidarische Feminist*innen machen Veranstaltungen wie diese vor allem eines deutlich: Für euch ist hier kein Platz.[22]

Die Folgen des 7. Oktober 2023, die sich in der öffentlichen Glorifizierung antisemitischer Gewalt wie auch in deren Verleugnung und Verharmlosung zeigen, haben in Niedersachsen wie bundesweit eine bleibende Wirkung. Der neue Alltag von Jüdinnen*Juden in Niedersachsen ist seit eineinhalb Jahren geprägt von einer kollektiven Alarmbereitschaft und zugleich von Einsamkeit und Wut angesichts der Empathielosigkeit eines Teils der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft.

---

22 Begrüßenswert ist, dass zumindest einige der Teilnehmer*innen sich mit derartigen Darstellungen nicht einverstanden zeigten. Demonstrativ verweigerten mehrere Menschen den Applaus oder verließen unmittelbar nach dem Redebeitrag die Veranstaltung.

Antisemitismus melden!

Wenden Sie sich an uns, wenn Sie von Antisemitismus betroffen oder Zeug*in von antisemitischen Vorfällen sind.

Wir arbeiten vertraulich, anonymisierend und parteilich.

Report Antisemitism!

Contact us if you are affected by antisemitism or are a witness to antisemitic incidents!

Our service is confidential, anonymizing, and we stand unequivocally at the side of those affected.

Сообщите об антисемитскоминциденте!

Свяжитесь с нами, если Вы столкнулись с антисемитизмом или являетесь свидетелем антисемитских инцидентов!

Наша работа конфиденциальна, анонимна и мы на стороне потерпевших.

Kontakte

Jederzeit können Sie Ihre Erfahrungen und Beobachtungen antisemitischer Vorfälle über die Meldeseite **report-antisemitism.de** oder per E-Mail an **info@rias-niedersachsen.de** oder an die Mobilnummer **0159 / 06 43 21 44** mitteilen.

facebook.com/RIAS.NDS
instagram.com/rias.nds
www.rias-niedersachsen.de

You can share your experiences and observations of anti-Semitic incidents via the reporting site **report-antisemitism.de** or by e-mail to **info@rias-niedersachsen.de** or to the mobile number **0159 / 06 43 21 44**

facebook.com/RIAS.NDS
instagram.com/rias.nds
www.rias-niedersachsen.de

Вы можете поделиться своим опытом и наблюдениями о антисемитских инцидентах на сайте **report-antisemitism.de** или по электронной почте **info@rias-niedersachsen.de** или на мобильный номер **0159 / 06 43 21 44**

facebook.com/RIAS.NDS
instagram.com/rias.nds
www.rias-niedersachsen.de

Unsere Angebote:

- Vertrauliche Annahme von Meldungen antisemitischer Vorfälle
- Unterstützung bei Anzeigenstellung
- Vermittlung von weitergehenden Unterstützungsangeboten (juristisch, psychologisch, politisch sowie Betroffenenberatung)
- Unterstützung bei öffentlicher Kommunikation der Erfahrungen
- Auskünfte über antisemitische Ausdrucksformen, Gruppen, Ereignisse

Jederzeit können Sie Ihre Erfahrungen und Beobachtungen antisemitischer Vorfälle

- über die Meldeseite report-antisemitism.de,
- per E-Mail an info@rias-niedersachsen.de
- oder die Mobilnummer 0159 06 43 21 44

mitteilen.

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Niedersachsen (RIAS Niedersachsen)
Prinzenstraße 14
30159 Hannover
facebook.com/RIAS.NDS
Instagram.com/rias.nds

RIAS Niedersachsen wird im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ mit Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durch das Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen (L-DZ) und aus Mitteln des Niedersächsischen Justizministeriums durch das Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte gefördert.

Gefördert vom

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!

Landespräventionsrat Niedersachsen

landes-demokratiezentrum niedersachsen

Niedersächsisches Justizministerium

Werden Sie aktiv gegen Antisemitismus!

Wer wir sind

Die Amadeu Antonio Stiftung, 1998 gegründet, wurde nach Amadeu Antonio benannt. Antonio wurde 1990 von Neonazis aus rassistischen Motiven getötet. Er ist eines von mehr als 200 Todesopfern rechtsextremer Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland seit 1989/90. Die Amadeu Antonio Stiftung steht für eine demokratische Zivilgesellschaft – und gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus. Konsequent!

Was wir wollen

Unser Ziel ist eine Welt ohne Hass – ob aufgrund von Herkunft oder Hautfarbe, Geschlecht(sidentität) oder Religion. Eine Welt ohne Rassismus, Antisemitismus und andere Formen von Diskriminierung und Gewalt. Eine Welt ohne Nazis und Rechtsextreme jeglicher Couleur. Und vor allem: eine Welt der Gleichwertigkeit und Demokratie – ohne Wenn und Aber.
Das ist kein einfaches Ziel. Aber ein wichtiges. Deshalb arbeitet die Amadeu Antonio Stiftung auf mehreren Ebenen, damit aus dieser Vision Realität wird. Die Arbeit der Stiftung fällt in fünf Bereiche, die einander ergänzen: Unterstützung von Betroffenen, Projektförderung, Forschung, Information und Campaigning.

Was wir tun

- Wir unterstützen Betroffene antisemitischer, rassistischer und rechter Gewalt finanziell – etwa mit dem Opferfonds CURA oder dem SHEROES-Fund.

- Wir fördern bundesweit Projekte, die sich für eine demokratische Zivilgesellschaft einsetzen. Besonders im ländlichen Raum.

- Wir forschen und monitoren zu den Themen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus. Fachwissen, das in Studien, Broschüren und konkrete Forderungen einfließt.

- Wir sorgen dafür, dass diese Themen in der Öffentlichkeit bleiben: durch Pressearbeit, Social Media oder Artikel auf *Belltower.News,* der journalistischen Plattform der Amadeu Antonio Stiftung. Aber auch durch konkrete pädagogische Arbeit und (Fort-)Bildung für Multiplikator*innen.

- Wir setzen uns dafür ein, dass die Perspektiven von Betroffenen rechter, antisemitischer und rassistischer Gewalt oben auf der Agenda bleiben – ob auf der Straße oder im Bundestag.

Was Sie tun können

Es beginnt mit Ihrer Spende. Denn Spenden sind ein essentieller Bestandteil unserer Finanzierung. Und jede Spende sichert die Zukunft und Unabhängigkeit unserer Arbeit. Damit wir uns weiterhin gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus engagieren können. Zusammen. Seien Sie dabei!

https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/spenden-und-stiften

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen

Initiative Transparente Zivilgesellschaft

Grundsätze guter Stiftungspraxis – Anerkannt – Bundesverband Deutscher Stiftungen

Mitglied im Deutschen Fundraising Verband – Ethisch & Transparent – DFRV.DE

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

Der Stiftung spenden

Amadeu Antonio Stiftung
GLS Gemeinschaftsbank eG
SWIFT-BIC: GENODEM1GLS
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00

Bitte geben Sie im Zuge der Überweisung eine Adresse an, um eine Spendenbescheinigung erhalten zu können.

Die Nachwirkungen des 7. Oktober waren auch 2024 in Niedersachsen weiterhin spürbar. Das Massaker der Hamas und der Krieg zwischen Israel und Gaza schafften eine Gelegenheitsstruktur, die antisemitische Vorfälle begünstigte oder wahrscheinlicher machte. Diese Struktur ist nicht die Ursache für antisemitische Äußerungen oder Handlungen, sondern bietet lediglich einen Kontext dafür.

Die im vierten Jahresbericht von RIAS Niedersachsen veröffentlichten Vorfälle versuchen, das Dunkelfeld des Antisemitismus zu erhellen und unterschiedliche Dimensionen des Antisemitismus und deren Problemfelder aufzuzeigen. Dabei liegt der Fokus auf den persönlichen Erfahrungen der Jüdinnen und Juden in Niedersachsen sowie auf der Veranschaulichung der Allgegenwärtigkeit von Antisemitismus. Zugleich ist weiterhin von einem hohen Dunkelfeld nicht gemeldeter und nicht dokumentierter Vorfälle auszugehen.

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

www.rias-niedersachsen.de